

## Informationsvorlage

Vorlage Nr.: IV/0332/2013

Beratungsfolge	Sitzungstermin	Zuständigkeit
Ausschuss für Soziales, Sport und Tourismus	07.02.2013	Kenntnisnahme

### Sachstandsbericht zur Unterbringung von Asylbewerbern in Radevormwald

#### Erläuterung:

##### Allgemeine Entwicklung

Wie regelmäßig im Ausschuss berichtet und auch aus den überregionalen Medien zu entnehmen war, hat sich im 2. Halbjahr 2012 die Zahl der Asylbewerberzuzüge erheblich erhöht. Das hat sich auch auf Radevormwald ausgewirkt. So ist die Zahl der in Radevormwald zu betreuenden und unterzubringenden Personen im Zeitraum Dezember 2010 bis heute von 39 auf 55 Personen angestiegen.

Insbesondere im letzten Quartal 2012 hat sich die Zahl der in die Bundesrepublik zugereisten Asylbewerber im Vergleich zu den Vorjahreszahlen fast verdoppelt. Zu diesem Zeitpunkt bestand bundesweit die Befürchtung, dass sich diese Entwicklung so fortsetzen wird. Hieraus hätte aufgrund des Verteilungsverfahrens eine maximale monatliche Zuweisung von bis zu 12 Personen resultiert. Tatsächlich haben sich die Zuzüge im Dezember und Januar zwar erhöht, aber glücklicherweise nicht in der befürchteten Höhe. Was sich im weiteren Jahresverlauf entwickeln wird, kann derzeit nicht verlässlich vorhergesagt werden.

Daher ist hinsichtlich der Ermittlung der Haushaltsansätze zwar eine Erhöhung der Personenzahlen berücksichtigt, allerdings in angemessener Form: nach derzeitigen Informationen des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge muss, heruntergebrochen auf Radevormwald, von monatlich bis zu 4 neu zugewiesenen Personen ausgegangen werden. Auf dieser Basis ist bis zum Jahresende von einer Gesamtzahl von bis zu 100 Personen Ende 2013 auszugehen.

##### Wohnliche Versorgung

Die der Stadt Radevormwald zugewiesenen Personen müssen, neben den ihnen zu gewährenden finanziellen Leistungen zur Bestreitung des Lebensunterhalts, insbesondere auch mit Wohnraum versorgt werden. Bis vor einigen Jahren erfolgte die Unterbringung hauptsächlich in einer Gemeinschaftsunterkunft für Asylbewerber – der ehemaligen Berufsschule in der Elberfelder Straße - bis der politische Beschluss gefasst wurde, die Gemeinschaftsunterkunft aufzugeben und die betroffenen Personen stattdessen in Mietwohnungen unterzubringen. Hierdurch sollte insbesondere auch die Integration der Personen gefördert werden.

Dem entsprechend wurde ein Vertrag mit einer Wohnungsgenossenschaft über den erforderlichen Wohnraum geschlossen.

Dieser Vertrag wurde von der Wohnungsgenossenschaft bekanntlich zum Ende des Jahres 2011 wegen erheblicher sozialer Probleme, verursacht durch das Aufeinandertreffen der Asylbewerber mit sonstigen Mietern, gekündigt. Es stellte sich heraus, dass eine ausschließliche Unterbringung auf dem freien Wohnungsmarkt nicht funktioniert.

Mit erheblichen Mühen wurde eine Umquartierung der zu diesem Zeitpunkt rd. 40 Asylbewerber erreicht. Allerdings konnten lediglich 3 geeignete Wohnungen auf dem freien Wohnungsmarkt angemietet werden. Um die wohnliche Versorgung aller betroffenen Personen sicherzustellen mussten darüber hinaus zahlreiche städtische Wohnungen sowie ein großer Teil der städtischen Notunterkunft zur Unterbringung von Obdachlosen in Anspruch genommen werden.

Aktuell sind 11 Personen auf dem freien Wohnungsmarkt,  
26 Personen in städtischen Wohnungen und  
16 Personen in der städtischen Notunterkunft untergebracht.  
2 Personen befinden sich langfristig in stationären Einrichtungen.

Momentan bestehen noch Unterbringungsreserven für max. 7 Personen.

Bedingt durch den weiterhin zu erwartenden Zustrom an Asylbewerbern werden im Jahr 2013 weitere UnterkunftsKapazitäten für rd. 20 – 25 Personen erforderlich. Wie bereits im Ausschuss in seiner Sitzung am 13.11.2012 berichtet wurden durch die Verwaltung mehrere Unterbringungsoptionen geprüft:

- freier Wohnungsmarkt
- Wohncontainer
- Immobilienerwerb / - miete

Auf dem freien Wohnungsmarkt würden etwa 5 geeignete Wohnungen benötigt. Hierfür würden jährliche Mietkosten von rd. 38.000 € entstehen. Nachteilig sind das Kündigungsrecht des Vermieters und der damit verbundene finanzielle Aufwand für dann erforderliche Umquartierungen. Geeignete Wohnungen in entsprechender Anzahl sind nach derzeitigem Stand nicht verfügbar.

Für die Unterbringung in Wohncontainern würden bei der v.g. Personenzahl eine Wohn-Containeranlage mit 13 Wohncontainern sowie 2 Sanitärcontainern, benötigt. Nach vorliegenden Info-Angeboten beliefen sich allein die jährlichen Mietkosten auf rd. 35.000 €/Jahr zzgl. Anlieferung / Abholung, Fundament, Montage, Herstellung Hausanschlüsse, Versicherung etc.

Der Erwerb einer solchen Containeranlagen beläuft sich auf rd. 140.000 € zzgl. Anlieferung / Abholung, Fundament, Montage, Herstellung Hausanschlüsse, Versicherung etc.

Darüber hinaus wird bei beiden Varianten der Erwerb eines geeigneten bebaubaren Grundstückes erforderlich, aber nicht verfügbar.

Als nachteilig ist bei diesen Varianten auch die Qualität und Menschenwürdigkeit der wohnlichen Unterbringung in einem solchen Container-Ghetto zu bewerten.

Eine geeignete Immobilie mit mehreren Wohneinheiten, ausreichend für die erforderliche Unterbringungskapazität, kann in Radevormwald erworben werden. Für diesen Erwerb sind Investitionskosten in Höhe von 240.000 € einschließlich Notarkosten, Grunderwerbsteuer sowie Instandhaltungskosten erforderlich. Die jährlichen Kosten belaufen sich überschlägig auf ca. 25.000 € kalkulatorische Kosten zzgl. Unterhaltungsaufwendungen.

Der Erwerb der Immobilie ist aus Sicht der Verwaltung daher zum jetzigen Zeitpunkt die zweckmäßigste und wirtschaftlichste Variante zur Sicherstellung der wohnlichen Versorgung der Asylbewerber. Die Mittel hierfür sind im Entwurf zur Haushaltssatzung 2013 und Haushaltssicherungskonzept 2013 – 2016 berücksichtigt (Produkt 1.01.12, S. 160).

Federführendes Dezernat:	Beteiligtes Dezernat:	Der Bürgermeister
Dez.II		